



Infobrief

**Die Eilentscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom
16. März 2022 (Ukraine/Russland)**

Mareike Jung, Julia Weismann

Die Eilentscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 16. März 2022 (Ukraine/Russland)

Verfasser/in: Rechtsreferendarin Mareike Jung; die Arbeit wurde betreut von Julia Weismann
Aktenzeichen: WD 2 - 3010 - 034/22
Abschluss der Arbeit: 24. Mai 2022
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|---------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. | Einführung | 4 |
| 2. | Die Anordnung vorsorglicher Maßnahmen am 16. März 2022 | 4 |
| 2.1. | Zur Jurisdiktion des IGH | 5 |
| 2.2. | Zulässigkeit des Verfahrens nach der Völkermordkonvention | 6 |
| 2.3. | Die Entscheidung in der Sache | 8 |
| 3. | Durchsetzung der Entscheidung | 10 |
| 4. | Erwartungen an das Hauptsacheverfahren | 10 |
| 5. | Fazit | 13 |
| 6. | Literaturverzeichnis | 15 |

1. Einführung

Schon kurz nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die Ukraine mit einer Klage und einem Antrag auf Erlass vorsorglicher Maßnahmen an den Internationalen Gerichtshof (IGH), das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen (VN), gewandt. Es ging ihr dabei nicht, wie teilweise in den Medien berichtet wurde, um die Verurteilung eines russischen Völkermordes an der ukrainischen Bevölkerung. Vielmehr wollte die Ukraine feststellen lassen, dass der russische Einmarsch unter dem Vorwand, die ukrainische Bevölkerung vor einem vermeintlichen Völkermord zu schützen, völkerrechtswidrig sei. Bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn, am 16. März 2022, entschied der IGH über den Antrag der Ukraine und verhängte vorsorgliche Maßnahmen („*provisional measures*“). Nicht nur die Geschwindigkeit, in der der IGH reagiert hat, sondern dass er überhaupt in der Sache entschieden hat, erscheint bemerkenswert.¹

Dieser Infobrief beschäftigt sich mit der Frage, wie und mit welchem Inhalt diese Entscheidung zustande gekommen ist, welche praktischen Auswirkungen sie hat und ob es Durchsetzungsmöglichkeiten gibt. Abschließend wird ein Blick auf das noch anhängige Hauptsacheverfahren geworfen.

2. Die Anordnung vorsorglicher Maßnahmen am 16. März 2022

Artikel 41 des IGH-Statuts (IGHSt) eröffnet Staaten die Möglichkeit, einstweiligen Rechtsschutz vor dem IGH zu ersuchen. Hiervon zu unterscheiden ist das allgemeine Klageverfahren, in dem der Gerichtshof - typischerweise nach einem längeren Zeitraum - ein abschließendes Urteil fällt. Bei Dringlichkeit ist der IGH gemäß Artikel 41 IGHSt aber auch befugt, diejenigen **vorsorglichen Maßnahmen** anzuordnen, die zum Schutz der Rechte jeder Partei, also der beteiligten Staaten, getroffen werden müssen. Sinn und Zweck dieses Verfahrens ist es, einer möglichen Vereitelung **strittiger Rechte während eines laufenden Gerichtsverfahrens vorzubeugen**.² Die separate Entscheidung im Klageverfahren soll hierdurch nicht vorweggenommen werden.³ Bei der Entscheidung des IGH vom 16. März handelt es sich um eine Anordnung vorsorglicher

1 Siehe auch Christian Johann, „Eine kleine Sensation aus Den Haag, Der Ukraine-Krieg vor dem Internationalen Gerichtshof“, Verfassungsblog on matters constitutional vom 17. März 2022, <https://verfassungsblog.de/eine-kleine-sensation-aus-den-haag/>; Andreas Kulick, „Der Internationale Gerichtshof hat mutig entschieden – und dogmatisch überrascht“, FAZ vom 21. März 2022, <https://www.faz.net/aktuell/einspruch-exklusiv-der-internationale-gerichtshof-hat-mutig-entschieden-und-dogmatisch-ueberrascht-17895693.html>.

2 Andreas Zimmermann et al. (Hrsg.), The Statute of the International Court of Justice: A Commentary, 2019, 3. Auflage. Art. 41, Randnummer 20.

3 Andreas Zimmermann et al. (Hrsg.), The Statute of the International Court of Justice: A Commentary, 2019, 3. Auflage. Art. 41, Randnummer 23.

Maßnahmen, die – ebenso wie das noch ausstehende Urteil auf die Klage – für die beteiligten Parteien **rechtlich bindend** ist.⁴

2.1. Zur Jurisdiktion des IGH

Auch in einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren darf ein Gericht nur dann tätig werden, wenn es zuständig ist. Artikel 93 Abs. 1 VN-Charta sieht vor, dass alle Mitglieder der VN automatisch auch Vertragsparteien des Statuts des Internationalen Gerichtshofes sind. Für sich genommen begründet dies jedoch noch keine Jurisdiktion des IGH über die Parteien eines Rechtsstreites. Ganz grundsätzlich ist der IGH nur dann für eine Streitigkeit zuständig, wenn beide Streitparteien ihre **Zustimmung** hierzu erteilt haben, sich also der Gerichtsbarkeit des IGH unterworfen haben. Eine Unterwerfung kann auf drei Arten erfolgen: (1.) durch **übereinstimmende ad hoc Erklärung** der Parteien über die Zuständigkeit für den konkreten Rechtsstreit (Art. 36 Abs. 1 Fall 1 des IGH-Statutes), (2.) durch eine **entsprechende Klausel in einem völkerrechtlichen Vertrag** (Art. 36 Abs. 1 Fall 2 IGH-Statut) oder (3.) durch **generelle Unterwerfungserklärung** (Art. 36 Abs. 2 IGH-Statut).⁵

Eine ad-hoc Unterwerfung Russlands und der Ukraine ist nicht erfolgt. Auch haben weder die Ukraine noch Russland eine generelle Unterwerfungserklärung abgegeben, sodass **kein prozessualer Weg** für die Ukraine bestand, den eklatanten Verstoß Russlands gegen das Gewaltverbot gerichtlich zu rügen. Die einzige verbleibende Möglichkeit bestand darin, die Jurisdiktion des IGH über eine entsprechende **Vertragsklausel** zu begründen. Von dieser Möglichkeit hat die Ukraine Gebrauch gemacht: Sie hat sich in ihrem Antrag bei Gericht auf die **Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948 (Völkermordkonvention)**⁶ berufen, der sowohl die Ukraine als auch Russland als Parteien angehören. In **Artikel IX** enthält die Völkermordkonvention eine entsprechende Unterwerfungsklausel.⁷

4 IGH, LaGrand Case (Merits), 27. Juni 2001, vgl. Randnummer 100 ff.; Andreas Zimmermann et. al. (Hrsg.), The Statute of the International Court of Justice: A Commentary, 2. Auflage, 2012, Art. 41, Randnummer 80 ff. und Art. 59, Randnummer 37.

5 Andreas von Arnould, Völkerrecht, Heidelberg, 4. Aufl. 2019, Randnummer 472.

6 Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, 9. Dezember 1948, UN Treaty Collection, <https://treaties.un.org/Pages/showDetails.aspx?objid=0800000280027fac>; deutsche, nicht authentische Fassung unter <https://www.voelkermordkonvention.de/uebereinkommen-ueber-die-verhuetung-und-bestrafung-des-voelkermordes-9217/>.

7 Vgl. Flávia Salazar Sousa, Understanding the ICJ's Order on the Allegations of Genocide in Ukrainian Territory (Ukraine v. Russian Federation), Basic News Blog, 23. März 2022, abrufbar unter: <https://basicint.org/understanding-the-icjs-order-on-the-allegations-of-genocide-in-ukrainian-territory-ukraine-v-russian-federation/>.

2.2. Zulässigkeit des Verfahrens nach der Völkermordkonvention

Der IGH sah die Voraussetzungen von Artikel IX der Völkermordkonvention als gegeben an.⁸ Nach dieser Vorschrift werden „**Streitfälle zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Auslegung, Anwendung oder Durchführung dieser Konvention** einschließlich derjenigen, die sich auf die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord beziehen, [...] auf Antrag einer der an dem Streitfall beteiligten Parteien dem IGH unterbreitet“.

Angesichts der schweren Angriffe auf ukrainische Städte und auf die Zivilbevölkerung liegt es zunächst nahe, dass der **Streitfall** die Frage betrifft, ob Russland einen Völkermord in der Ukraine begeht bzw. einen solchen plante. Der Antrag der Ukraine auf einstweilige Maßnahmen zielte jedoch nicht auf die Feststellung ab, dass der russische Angriff den Tatbestand des Völkermordes erfüllt. **Anknüpfungspunkt sind nicht primär die Kriegshandlungen Russlands, sondern die Begründung Russlands für den Kriegsbeginn.** Der russische Präsident Wladimir Putin hatte nämlich wiederholt behauptet, die Ukraine begehe in der Donbass-Region einen Völkermord, was das russische Vorgehen notwendig mache und rechtfertige.⁹

Diese Behauptung sei unzutreffend und eine „**schreckliche Lüge Putins**“, wie es der Prozessvertreter der Ukraine, Anton Korynevych, in der mündlichen Verhandlung bezeichnete.¹⁰ Der IGH möge daher feststellen, dass die Völkermordkonvention keine Rechtsgrundlage für den russischen Einmarsch biete. In Randnummern 2 und 3 des ukrainischen Klageantrags heißt es konkret:

„[T]he Russian Federation has **falsely claimed that acts of genocide have occurred** in the Luhansk and Donetsk oblasts of Ukraine, and on that basis recognized the so-called “Donetsk People’s Republic” and “Luhansk People’s Republic,” and then **declared and implemented a “special military operation”** against Ukraine with

8 IGH, Order of 16 March 2022, Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Ukraine v. Russian Federation), Randnummer 48, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220316-ORD-01-00-EN.pdf>.

9 IGH, Request for the indication of provisional measures, 27. Februar 2022, Randnummer 9-10, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220227-WRI-01-00-EN.pdf>; vgl. die Einordnung von Christian Johann, Eine kleine Sensation aus Den Haag: Der Ukraine-Krieg vor dem Internationalen Gerichtshof, Verfassungsblog, 17. März 2022, <https://verfassungsblog.de/eine-kleine-sensation-aus-den-haag/> und Chimène Keitner, Zoe Tatarsky und Just Security, Q&A: Next Steps in Ukraine’s Application to the International Court of Justice, Just Security, 5. März 2022, <https://www.justsecurity.org/80455/qa-next-steps-in-ukraines-application-to-the-international-court-of-justice/>.

10 ARD, Audio: Putins schreckliche Lüge - Anhörungen vor dem IGH, 07. März 2022, <https://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio-129233.html?msckid=c5e59149ba6911ecb4dd9fa3e463f21e>.

the express purpose of preventing and punishing purported acts of genocide that have no basis in fact.“

„Ukraine emphatically denies that any such genocide has occurred and brings this Application to establish that Russia has **no lawful basis to take action in and against Ukraine for the purpose of preventing and punishing any purported genocide.**“¹¹

In einem ersten Schritt begehrt die Ukraine somit die Feststellung, dass ein von der Ukraine verübter Genozid nicht stattgefunden hat, um in einem zweiten Schritt auf ihr Kernanliegen zu sprechen zu kommen: Die Beendigung der Feindseligkeiten Russlands, insbesondere der Verstöße gegen das Gewaltverbot,¹² und den Erlass entsprechender einstweiliger Anordnungen.¹³ Der Antrag der Ukraine zielt daher neben der Feststellung, dass Russland einen vermeintlichen Völkermord nicht als Vorwand für den Krieg anführen darf, auch auf die Beendigung der russischen Angriffe.¹⁴ Das **zentrale Problem des Falles** stellte sich somit **bereits in der Zulässigkeit**. Ob der Gerichtshof überhaupt in der Sache entscheiden durfte, hing also davon ab, ob die Ukraine zur Begründung der IGH-Jurisdiktion die Völkermordkonvention heranziehen konnte.

An diesem Punkt knüpft auch die Argumentation der russischen Seite an. Das Argument lautet konkret:

„[I]n order to “glue” the Convention to the use of force for the purposes of invoking its dispute resolution clause, Ukraine has claimed that the Russian Federation

-
- 11 IGH, Application instituting proceedings submitted by Ukraine, 27. Februar 2022, Randnummer 2-3, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220227-APP-01-00-EN.pdf>; Hervorhebungen durch die Verfasserin.
 - 12 IGH, Application instituting proceedings submitted by Ukraine, 27. Februar 2022, Randnummer 30, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220227-APP-01-00-EN.pdf>; vgl. auch die Einschätzung von Chimène Keitner & Zoe Tatarsky, Q&A: Next Steps in Ukraine’s Application to the International Court of Justice, Just Security, 5. März 2022, <https://www.justsecurity.org/80455/qa-next-steps-in-ukraines-application-to-the-international-court-of-justice/>.
 - 13 IGH, Request for the indication of provisional measures, 27. Februar 2022, Randnummer 20, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220227-WRI-01-00-EN.pdf>.
 - 14 So jedenfalls Chimène Keitner & Zoe Tatarsky, Q&A (Part II): Ukraine at the International Court of Justice, Russia’s Absence & What Comes Next, Just Security, 9. März 2022, <https://www.justsecurity.org/80597/qa-ukraine-icj-russia-absence-what-comes-next/>.

commenced its “special military operation” on the basis of allegations of genocide committed by Ukraine.“¹⁵

Die Völkermordkonvention treffe aber gerade keine Regelungen zur (Il-)Legalität von Militäroperationen. Das sei auch gar nicht Gegenstand der Konvention, weshalb der IGH auch nicht im Sinne von Art. IX zuständig sein könne. Die Gewaltanwendung sei als ein Akt der Selbstverteidigung im Sinne von Art. 51 VN-Charta gerechtfertigt.¹⁶

Der Gerichtshof hatte sich zunächst mit der **Definition** eines **Streitfalles zwischen den Vertragsparteien („dispute“)** auseinanderzusetzen und stellte im Ergebnis eindeutig fest, dass ein solcher vorliegt. Entscheidend seien die abweichenden Sichtweisen der beiden Parteien („divergence of views“) zu den Fragen, ob Russland sich mit der Berufung auf einen vermeintlichen Völkermord der Ukrainer im Recht befunden hat und ob sich die Kriegshandlungen auf eine Rechtsgrundlage innerhalb der Konvention stützen ließen.¹⁷ Das Argument der russischen Seite ließ der Gerichtshof nicht gelten bzw. stellte nur fest, dass ein und dieselbe Handlung sogar den Anwendungsbereich mehrerer völkerrechtlicher Verträge gleichzeitig eröffnen könne.¹⁸

2.3. Die Entscheidung in der Sache

Auch in der Sache wurde der Ukraine von den Richterinnen und Richtern des IGH **(fast) in vollem Umfang Recht gegeben**. Bei nur zwei Gegenstimmen - die der Richterin Xue aus **China** und des Richters Gevorgian aus **Russland** - ordnete der mit fünfzehn Richtern besetzte Gerichtshof **mit großer Mehrheit** gegenüber Russland an

- die am 24. Februar 2022 begonnenen militärischen Operationen im Gebiet der Ukraine unverzüglich einzustellen und
- sicherzustellen, dass alle militärischen oder irregulären bewaffneten Einheiten, die von Russland geführt oder unterstützt werden, sowie alle Organisationen und Personen, die

15 IGH, Order of 16 March 2022, Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Ukraine v. Russian Federation), Randnummer 32, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220316-ORD-01-00-EN.pdf>.

16 IGH, Document (with annexes) from the Russian Federation setting out its position regarding the alleged “lack of jurisdiction” of the Court in the case, 7. März 2022, Randnummer 13-15, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220307-OTH-01-00-EN.pdf>.

17 IGH, Order of 16 March 2022, Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Ukraine v. Russian Federation), Randnummer 45, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220316-ORD-01-00-EN.pdf>.

18 Ibid, Randnummer 46.

seiner Kontrolle oder Leitung unterstehen, keine Schritte unternehmen, die die unter Nummer 1 genannten militärischen Operationen unterstützen.¹⁹

Die dritte Forderung der Ukraine, Russland möge alle Handlungen unterlassen, die die Streitigkeit vor dem Gericht verschärfen, ausweiten oder die Beilegung erschweren könnten, ordnete das Gericht für **beide** Parteien an. Allein der vierten Forderung – Russland zu verpflichten, regelmäßige Meldungen über die Einhaltung der einstweiligen Maßnahmen zu machen – kam der Gerichtshof nicht nach.²⁰

Die Richter und Richterinnen begründeten ihre Entscheidung folgendermaßen: Artikel I der Völkermordkonvention verpflichte die Mitgliedsstaaten zwar dazu, einen in anderen Mitgliedsstaaten begangenen Völkermord zu verhüten und zu bestrafen („to prevent and punish“). Bei Erfüllung dieser Verpflichtung müssten aber die **Grenzen des Völkerrechts eingehalten** werden. Auch sei die **Völkermordkonvention im Lichte von Artikel 1 der VN-Charta auszulegen**, an der sich die Akte der Vertragsparteien messen lassen müssten.²¹ In Artikel 1 VN-Charta ist das Hauptziel der Vereinten Nationen - die **Friedenssicherung** - verankert. Angesichts von dessen Bedeutung sei zweifelhaft, ob die Völkermordkonvention die einseitige Anwendung von Gewalt durch eine Vertragspartei im Hoheitsgebiet eines anderen Staates zum Zwecke der Verhütung oder Bestrafung eines mutmaßlichen Völkermordes zulasse.²² Daher dürfe die Ukraine zur Durchsetzung der Völkermordkonvention keinen militärischen Operationen ausgesetzt werden:

„[...] Ukraine has a **plausible right not to be subjected to military operations** by the Russian Federation **for the purpose of preventing and punishing an alleged genocide** in the territory of Ukraine.“²³

-
- 19 Ibid, Randnummer 86; deutsche Übersetzung durch Christian Johann, Eine kleine Sensation aus Den Haag: Der Ukraine-Krieg vor dem Internationalen Gerichtshof, Verfassungsblog, 17. März 2022, <https://verfassungsblog.de/eine-kleine-sensation-aus-den-haag/>.
- 20 Ibid, Randnummer 86. Vgl. hierzu Flávia Salazar Sousa, Understanding the ICJ's Order on the Allegations of Genocide in Ukrainian Territory (Ukraine v. Russian Federation), Basic News Blog, 23. März 2022, abrufbar unter: <https://basicint.org/understanding-the-icjs-order-on-the-allegations-of-genocide-in-ukrainian-territory-ukraine-v-russian-federation/>.
- 21 IGH, Order of 16 March 2022, Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Ukraine v. Russian Federation), Randnummer 58, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220316-ORD-01-00-EN.pdf>.
- 22 Ibid, Randnummer 59.
- 23 Ibid, Randnummer 60.

Unter Hinweis auf die vielen zivilen Todesopfer, die wachsende humanitäre Krise und die allgemeine Zerstörung in der Ukraine als Folge der anhaltenden russischen Angriffe erkannte das Gericht die Gefahr irreparabler Schäden an.²⁴

Dass Russland der mündlichen Verhandlung ferngeblieben ist, hatte auf das Ergebnis in der Sache keinen Einfluss. Das Fernbleiben einer Partei in einem IGH-Verfahren war auch in der Vergangenheit schon häufiger der Fall gewesen. Russland hat sich zwar nicht mündlich, dafür aber schriftlich verteidigt. Im Hauptsacheverfahren hat Russland jederzeit die Möglichkeit, doch noch am Verfahren teilzunehmen.²⁵

3. Durchsetzung der Entscheidung

Die Anordnung vorsorglicher Maßnahmen durch den IGH ist für Russland und die Ukraine rechtlich verbindlich.²⁶ Gemäß Artikel 41 Abs. 2 IGHSt werden die angeordneten Maßnahmen umgehend dem VN-Sicherheitsrat angezeigt. Hält sich, wie in diesem Fall Russland, eine Streitpartei nicht an ihre Verpflichtungen, kann sich „die andere Partei an den VN-Sicherheitsrat wenden; dieser kann, wenn er es für erforderlich hält, Empfehlungen abgeben oder Maßnahmen beschließen, um dem Urteil Wirksamkeit zu verschaffen“ (Artikel 94 Abs. 2 VN-Charta).

Allerdings bezieht sich Artikel 94 Abs. 2 VN-Charta ausdrücklich nur auf Urteile („judgment“), nicht dagegen auf Anordnungen vorsorglicher Maßnahmen. Aufgrund des eindeutigen Wortlauts der Norm steht der Ukraine daher kein Durchsetzungsverfahren im Sinne von Artikel 94 Abs. 2 VN-Charta zur Verfügung.²⁷

4. Erwartungen an das Hauptsacheverfahren

In der noch abzuwartenden Entscheidung über die Klage, welche die Ukraine ebenfalls eingereicht hat, hätte der IGH abschließend zu klären, ob Russlands Gewaltausübung in der Ukraine unter dem Vorwand „to prevent and punish“ gemäß Artikel I der Völkermordkonvention

24 Ibid, Randnummer 74 ff.

25 Frédéric Mégret, Russia's Non-Appearance Before the ICJ Against Ukraine: Of Not So Vanishing Vanishing Acts and their Vanishingly Thin Justification, EJIL Talk!, 12. März 2022, <https://www.ejiltalk.org/russias-non-appearance-before-the-icj-against-ukraine-of-not-so-vanishing-vanishing-acts-and-their-vanishingly-thin-justification/>.

26 IGH, LaGrand Case (Merits), 27. Juni 2001, Randnummer 100 ff., vgl. oben unter 2.

27 IGH, Case concerning the Continental Shelf, 24. Februar 1982, Randnummer 29; Diego Sanchez Borjas, The ICJ Order in Ukraine v. Russia: Quo Vadis?, Völkerrechtsblog, 28.03.2022, <https://voelkerrechtsblog.org/the-icj-order-in-ukraine-v-russia/?msclkid=36b272bfba3511ec9a1fa60aa6a266d0>; Hans Sachs, Rechtsdurchsetzung bei Entscheidungen des IGH, Möglichkeiten und Grenzen des Sicherheitsrates, Sicherheit und Frieden (S+F), 23. Jg., Nr. 3, 2005, S. 144 (148).

legal war. Sofern der IGH sich erneut für zuständig erklärt, wäre hierzu ein klares „Nein“ zu erwarten.²⁸ Außerdem könnte der IGH einen Verstoß Russlands gegen die angeordneten vorsorglichen Maßnahmen feststellen und unter Umständen auch die Verpflichtung zu Reparationszahlungen aussprechen.²⁹ Im Gegensatz zu dem Beschluss im einstweiligen Rechtsschutzverfahren sähe Artikel 94 Abs. 2 VN-Charta für das Urteil einen Durchsetzungsmechanismus vor, sodass der VN-Sicherheitsrat theoretisch tätig werden könnte.³⁰ Praktisch ist der Handlungsspielraum des VN-Sicherheitsrates aufgrund Russlands Vetomacht aber stark eingeschränkt.

Über die umgekehrte Frage, ob also die mutmaßlichen russischen Kriegsverbrechen,³¹ z.B. die Angriffe auf eine Geburtsklinik und das Theater in Mariupol, den Tatbestand des Völkermords erfüllen, wird wohl nicht in diesem Verfahren entschieden werden (können). Einen entsprechenden Verdacht äußerte die Ukraine zwar schon in der bereits am 27. Februar 2022 eingereichten Klageschrift.³² Jedoch sind die gestellten Anträge der Ukraine nicht auf Feststellung eines Genozids an den Ukrainern gerichtet.³³

Aus rechtlicher Sicht spräche jedoch prima facie nichts gegen eine zweite Klage der Ukraine auf Grundlage der Völkermordkonvention. Ungeachtet entsprechender Einschätzungen des amerikanischen Präsidenten Joe Biden, der Russland des Völkermords in der Ukraine

-
- 28 Zur selektiven Lesart der Völkermordkonvention durch Russland siehe Moisés Montiel, Article 103 to the Rescue: A Few Thoughts on the Legality of Russian Claims Under the Genocide Convention, Jus Cogens Duties and Preventive Self-defense, *Opinio Juris*, 9. März 2022, <https://opiniojuris.org/2022/03/09/article-103-to-the-rescue-a-few-thoughts-the-legality-of-russian-claims-under-the-genocide-convention-jus-cogens-duties-and-preventive-self-defense/>.
- 29 Diego Sanchez Borjas, The ICJ Order in Ukraine v. Russia: Quo Vadis?, *Völkerrechtsblog*, 28.03.2022, <https://voelkerrechtsblog.org/the-icj-order-in-ukraine-v-russia/?msclkiid=36b272bfba3511ec9a1fa60aa6a266d0>; ausführlich zur möglichen Verpflichtung Russlands zu Reparationszahlungen: Luke Moffett, Sanctions for War, Reparations for Peace?, 1. April 2022, <https://opiniojuris.org/2022/04/01/sanctions-for-war-reparations-for-peace/>.
- 30 Diego Sanchez Borjas, The ICJ Order in Ukraine v. Russia: Quo Vadis?, *Völkerrechtsblog*, 28.03.2022, <https://voelkerrechtsblog.org/the-icj-order-in-ukraine-v-russia/?msclkiid=36b272bfba3511ec9a1fa60aa6a266d0>.
- 31 Siehe dazu den Bericht von Amnesty International, War crimes in northwest areas of Kyiv Oblast, 6. Mai 2022, <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-05/Amnesty-Bericht-Ukraine-Russland-Kriegsverbrechen-Mai-2022.pdf>.
- 32 “Russia’s lie is all the more offensive, and ironic, because it appears that it is Russia planning acts of genocide in Ukraine. Russia is intentionally killing and inflicting serious injury on members of the Ukrainian nationality – the actus reus of genocide under Article II of the Convention.”, IGH, Application instituting proceedings submitted by Ukraine, 27. Februar 2022, Randnummer 24, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220227-APP-01-00-EN.pdf>.
- 33 IGH, Application instituting proceedings submitted by Ukraine, 27. Februar 2022, Randnummer 30, <https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220227-APP-01-00-EN.pdf>.

bezichtigt,³⁴ sowie entsprechender Überlegungen von Vertretern aus der Wissenschaft,³⁵ ist aus völkerrechtlicher Sicht äußerste Zurückhaltung bei der Einordnung der Taten als Völkermord geboten. Um einen Sachverhalt als Völkermord zu qualifizieren, müssen hohe rechtliche Hürden erfüllt werden.³⁶ Artikel II der Völkermordkonvention definiert Völkermord als eine von fünf Tathandlungen, „die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Als Handlungen sind u.a. erfasst (1.) die Tötung von Mitgliedern einer Gruppe, (2.) die Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern einer Gruppe oder (3.) die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Entscheidend ist dabei, ob der **schwer zu erbringende Nachweis der besonderen Absicht, die betreffende Gruppe teilweise oder in Gänze zerstören zu wollen**, vor Gericht geführt werden kann.³⁷ Welche Anforderungen an das Merkmal der Zerstörungsabsicht gestellt werden müssen, ist stark umstritten.³⁸ **Obwohl die Rhetorik russischer Politiker eindeutig genozidal gefärbt ist (Stichwort „Entnazifizierung“ und Leugnung der ukrainischen**

34 Siehe Fußnote 2.

35 Vgl. u.a. Douglas Irvin-Erickson, Is Russia Committing Genocide in Ukraine?, *Opinio Juris*, 21. April 2022, <https://opiniojuris.org/2022/04/21/is-russia-committing-genocide-in-ukraine/>; Jonathan Leader Maynard, Is Genocide Occurring in Ukraine? An Expert Explainer on Indicators and Assessments, *Just Security*, 6. April 2022, <https://www.justsecurity.org/80998/is-genocide-occurring-in-ukraine-an-expert-explainer-on-indicators-and-assessments/>; Adam Oler, Portending Genocide in Ukraine?, *Articles of War*, Lieber Institute at West Point, 21. März 2022, <https://lieber.westpoint.edu/portending-genocide-ukraine/>.

36 Zum Tatbestand des Völkermordes siehe: Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, „Die Uiguren in Xinjiang im Lichte der Völkermordkonvention, Zum Tatbestand des Völkermordes, zu den rechtlichen Implikationen für deutsche Unternehmen und den Reaktionsmöglichkeiten der Staatengemeinschaft“, WD 2 - 3000 - 027/21 vom 12. Mai 2021, <https://www.bundestag.de/resource/blob/842080/36cc70595f4d20a03e609de00eabce4d/WD-2-027-21-pdf-data.pdf>.

37 Jonathan Leader Maynard, Is Genocide Occurring in Ukraine? An Expert Explainer on Indicators and Assessments, *Just Security*, 6. April 2022, <https://www.justsecurity.org/80998/is-genocide-occurring-in-ukraine-an-expert-explainer-on-indicators-and-assessments/>.

38 Florian Jessberger, The Definition and the Elements of the Crime of Genocide, S. 87-111 (105), in: Paola Gaeta, *The UN Genocide Convention, A Commentary*, 2009.

Kultur und Staatlichkeit), kann nicht einfach der Schluss gezogen werden, die begangenen Gewalttaten begründeten den Tatbestand eines Genozids.³⁹

Daneben ist zu beachten, dass der IGH im Rahmen einer auf die Völkermordkonvention gestützten Klage nur Jurisdiktion über Völkermord, nicht aber über Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit besitzt.⁴⁰ Die Zuständigkeit hierfür liegt beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH).⁴¹

5. Fazit

Die Anordnung vorsorglicher Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofes am 16. März 2022 ist trotz fehlender effektiver Durchsetzungsmöglichkeiten von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nach der Verurteilung des russischen Angriffskrieges mit einer großen Mehrheit von 141 Staaten durch die VN-Generalversammlung, ist die Entscheidung ein weiteres starkes Signal, dass Russland international isoliert ist.⁴² Mit großer Deutlichkeit haben die Richter im Kern festgestellt,

1. dass der IGH die Jurisdiktion besitzt, auf Grundlage der Völkermordkonvention den Fall zu beurteilen, obwohl das Hauptaugenmerk der Ukraine auf der Rüge des eklatanten Verstoßes Russlands gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot lag, welches jedenfalls nicht direkt Gegenstand der allein zu beurteilenden Konvention ist,
2. dass die Ukraine wegen des übergeordneten Ziels der VN-Charta, den Frieden in der Welt zu sichern, unter dem Deckmantel einen Völkermord verhindern zu wollen, keinen militärischen Operationen ausgesetzt werden darf, d.h. der Angriff Russlands eine Verletzung des Völkerrechts darstellt und
3. dass Russland bis auf weiteres rechtlich verpflichtet ist, die am 24. Februar 2022 begonnenen militärischen Operationen im Gebiet der Ukraine einzustellen.

Im Hauptsacheverfahren könnten die IGH-Richter in rechtlich verbindlicher Weise den Verstoß Russlands gegen die angeordneten vorsorglichen Maßnahmen feststellen und Verpflichtungen zu

39 Jonathan Leader Maynard, Is Genocide Occurring in Ukraine? An Expert Explainer on Indicators and Assessments, Just Security, 6. April 2022, <https://www.justsecurity.org/80998/is-genocide-occurring-in-ukraine-an-expert-explainer-on-indicators-and-assessments/>; Douglas Irvin-Erickson, Is Russia Committing Genocide in Ukraine?, Opinio Juris, 21. April 2022, <https://opiniojuris.org/2022/04/21/is-russia-committing-genocide-in-ukraine/>; siehe auch Interview mit Philippe Sands: „The existence of genocidal rhetoric is undeniable. It is possible that acts committed in Mariupol or Bucha could be qualified as genocidal. The problem is proving intent.“, La Croix international, 19. April 2022, <https://international.la-croix.com/news/politics/is-putin-guilty-of-carrying-out-a-genocide-in-ukraine/15958>.

40 Vgl. Artikel IX und III der Völkermordkonvention.

41 Vgl. hierzu ausführlich den Sachstand der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, Rechtliche Instrumente der Strafverfolgung und Dokumentation von Kriegsverbrechen im Ukraine-Konflikt, WD 2 - 3000 - 024/22, 25. März 2022, <https://www.bundestag.de/resource/blob/895840/8b9f8976fa10fbaa6e1affbe1bfc00c4/WD-2-024-22-pdf-data.pdf>.

42 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Interview mit Christian Marxsen vom 16. März 2022, „Putin missbraucht das Völkerrecht“, <https://www.mpg.de/18426845/voelkerrecht-ukraine>.

Reparationszahlungen aussprechen. Der Ukraine stünde es frei, sich zur Durchsetzung des Urteils an den VN-Sicherheitsrat zu wenden, der allerdings aufgrund von Russlands Vetomacht in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt ist.

Die Frage, ob Russland einen Völkermord an den Ukrainern plant, begeht oder bereits begangen hat, ist nicht Gegenstand des zu entscheidenden Rechtstreits.

* * *

6. Literaturverzeichnis

Arnauld, Andreas von, Völkerrecht, Heidelberg, 4. Aufl. 2019.

Ghaly, Anthony/Koenig, Alexa, Is 2022 the Year of Genocide? Recent Events at the ICJ Suggest Yes, *Opinio Juris*, 4. April 2022, <https://opiniojuris.org/2022/04/04/is-2022-the-year-of-genocide-recent-events-at-the-icj-suggest-yes/>.

Irvin-Erickson, Douglas, Is Russia Committing Genocide in Ukraine?, *Opinio Juris*, 21. April 2022, <https://opiniojuris.org/2022/04/21/is-russia-committing-genocide-in-ukraine/>.

Jessberger, Florian, The Definition and the Elements of the Crime of Genocide, S. 87-111, in: Gaeta, Paola (Hrsg.), *The UN Genocide Convention, A Commentary*, 1. Aufl. 2009.

Johann, Christian, Eine kleine Sensation aus Den Haag: Der Ukraine-Krieg vor dem Internationalen Gerichtshof, *Verfassungsblog*, 17. März 2022, <https://verfassungsblog.de/eine-kleine-sensation-aus-den-haag/>.

Keitner, Chimène/Tatarsky, Zoe/Just Security, Q&A: Next Steps in Ukraine's Application to the International Court of Justice, *Just Security*, 5. März 2022, <https://www.justsecurity.org/80455/qa-next-steps-in-ukraines-application-to-the-international-court-of-justice/>.

Keitner, Chimène/Tatarsky, Zoe/Just Security, Q&A (Part II): Ukraine at the International Court of Justice, Russia's Absence & What Comes Next, *Just Security*, 9. März 2022, <https://www.justsecurity.org/80597/qa-ukraine-icj-russia-absence-what-comes-next/>.

Leader Maynard, Jonathan, Is Genocide Occurring in Ukraine? An Expert Explainer on Indicators and Assessments, *Just Security*, 6. April 2022, <https://www.justsecurity.org/80998/is-genocide-occurring-in-ukraine-an-expert-explainer-on-indicators-and-assessments/>.

Mégret, Frédéric, Russia's Non-Appearance Before the ICJ Against Ukraine: Of Not So Vanishing Vanishing Acts and their Vanishingly Thin Justification, *EJIL Talk!*, 12. März 2022, <https://www.ejiltalk.org/russias-non-appearance-before-the-icj-against-ukraine-of-not-so-vanishing-vanishing-acts-and-their-vanishingly-thin-justification/>.

Milano, Enrico, Russia's Veto in the Security Council: Whither the Duty to Abstain under Art. 27(3) of the UN Charter?, *ZaöRV* 75, 2015, S. 215-231.

Moffett, Luke, Sanctions for War, Reparations for Peace?, 1. April 2022, <https://opiniojuris.org/2022/04/01/sanctions-for-war-reparations-for-peace/>.

Montiel, Moisés, Article 103 to the Rescue: A Few Thoughts on the Legality of Russian Claims Under the Genocide Convention, Jus Cogens Duties and Preventive Self-defense, *Opinio Juris*, 9. März 2022, <https://opiniojuris.org/2022/03/09/article-103-to-the-rescue-a-few-thoughts-the-legality-of-russian-claims-under-the-genocide-convention-jus-cogens-duties-and-preventive-self-defense/>.

Oler, Adam, Portending Genocide in Ukraine?, Articles of War, Lieber Institute at West Point, 21. März 2022, <https://lieber.westpoint.edu/portending-genocide-ukraine/>.

Sachs, Hans, Rechtsdurchsetzung bei Entscheidungen des IGH, Möglichkeiten und Grenzen des Sicherheitsrates, Sicherheit und Frieden (S+F), 23. Jg., Nr. 3, 2005, S. 144-150.

Salazar Sousa, Flávia, Understanding the ICJ's Order on the Allegations of Genocide in Ukrainian Territory (Ukraine v. Russian Federation), Basic News Blog, 23. März 2022, abrufbar unter: <https://basicint.org/understanding-the-icjs-order-on-the-allegations-of-genocide-in-ukrainian-territory-ukraine-v-russian-federation/>.

Sanchez Borjas, Diego, The ICJ Order in Ukraine v. Russia: Quo Vadis?, Völkerrechtsblog, 28. März 2022, <https://voelkerrechtsblog.org/the-icj-order-in-ukraine-v-russia/?msclkid=36b272bfba3511ec9a1fa60aa6a266d0>.